Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1909. Nr. 78. Jahrgang 202.

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Dienstag, 16. Februar 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon Amt VI Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Vom Balkan.

Die Offiziere des zweiten Adrianopeler Armeekorps richteten an den türkischen Exkriegsminister Nasim-Pascha wegen seines Eintritts in das Kabinett Kiamil-Pascha eine Mißtrauensdepesche. Das Konstantinopeler Blatt „Jeni Gazeta" verurteilt diese Einmischung der Offiziere in den Parteikampf.

Der in Konstantinopel erscheinende „Tanin" schreibt in einem „Der Sturz Kiamils und England" betitelten Leitartikel: Als Hauptgrund der Verteidigung Kiamil-Paschas wird angeführt, daß er bei den Engländern sehr beliebt gewesen und daß England durch seinen Rücktritt verstimmt würde. Die Freundschaft der Türkei für England ist jedoch nicht an die Person Kiamils gebunden. Solche Auffassung ist sowohl Englands wie der Türkei unwürdig. Die Freundschaft zu England darf die Türkei nicht dazu führen, sich mit anderen Staaten zu verfeinden, die auswärtigen Beziehungen der Türkei müssen vielmehr auf der Basis der Freundschaft mit allen Staaten stehen.

In politischen Kreisen Konstantinopels erregen Gerüchte Aufsehen, welche von bevorstehenden Unruhen im Sandschak Novibazar und in Nordalbanien wissen wollen und diese Bewegung auf Oesterreich-Ungarn zurückführen, das beabsichtige, beim Ausbruch dieser Unruhen sofort in den Sandschak einzumarschieren. Diese Gerüchte finden in maßgebenden türkischen Kreisen, welche darin serbische oder montenegrinische Ausstreuungen erblicken, keinerlei Anklang. Man hält es für ausgeschlossen, daß Oesterreich-Ungarn, das in dem gegenwärtig zur Verhandlung stehenden Protokoll feierlich auf sein Besetzungsrecht verzichtete, daran denke, in jenen Gegenden neuerdings eine militärische Aktion vorzubereiten.

Die türkische Deputiertenkammer verhandelte am Montag über den Antrag, eine Untersuchung einzuleiten gegen die Senatoren General Edhem und den früheren Kriegsminister Reschid, weil diese unter dem alten Regime auf Grund falscher Anzeigen eine große Zahl Offiziere in die Verbannung geschickt hätten. Der Antrag wurde der Kommission überwiesen; dann vertagte sich das Haus auf Mittwoch. Am Mittwoch beabsichtigt der neue Großwesir Hilmi ein Exposé der Regierungspolitik vorzulegen.

Das neue türkische Kabinett hat sich nunmehr gebildet. Die hierauf bezüglichen Irades sind Montag nachmittag der Pforte zugegangen. Der neue Großwesir, Hilmi Pascha, erklärte am Montag gegenüber Vertretern von Zeitungen, die auswärtige Politik der Türkei werde durch den Ministerwechsel keine Aenderung erfahren, die Beziehungen der Türkei zu den fremden Mächten seien nicht an Personen gebunden. Das Exposé, das er Mittwoch in der Kammer verlesen werde, werde von dieser Auffassung getragen sein.

Die Meldungen einiger Blätter über eine Erregung der Volksmassen in Belgrad, über außerordentliche Sicherheitsvorkehrungen im Königlichen Palais sowie über kritische Lage in Belgrad beruhen gänzlich auf Erfindung. Ebenso unwahr ist die Nachricht, daß Kronprinz Georg beim russischen Gesandten wegen des Verhaltens Rußlands Serbien gegenüber protestiert habe. Minister Milovanowitsch erklärte alle diesbezüglichen Meldungen für falsch.

Die Finanzverhältnisse der Sozialdemokratie.

Vor kurzem ging die verspätete Mitteilung durch die Presse, daß die Einnahmen der Sozialdemokratie im letzten Jahre (d. i. in Wirklichkeit das am 1. Juli 1907 beginnende „Etatsjahr") gegen das Vorjahr (also in Wirklichkeit gegen die Einnahme vom 1. Juli 1906 bis Ende Juni 1907) um 300 000 Mk. zurückgegangen seien. Dieser Rückgang ist schon vor einem halben Jahre besprochen und von der sozialdemokratischen Parteileitung in dem Berichte an den Nürnberger Parteitag motiviert worden. In dem Kassenberichte war darauf hingewiesen, daß erstens das Etatsjahr 1906/07 ein Wahljahr war, zu dem auch die Gewerkschaften erheblich beigesteuert hätten und daß ferner die Berichtszeit für 1907/08 nur elf Monate umfaßt. Man dürfte also darauf gespannt sein, wie sich die Finanzverhältnisse der Sozialdemokratie im weiteren Verlaufe entwickeln und ob sie sich mindestens auf der Höhe des Nürnberger Berichts erhalten würden. Jetzt liegen Berichte über die Monate Juli bis Dezember 1908 und Januar 1909 vor. Danach sind in den sechs letzten Monaten des vorigen Jahres die sozialdemokratischen Einnahmen gegenüber denen aus der gleichen Zeit von 1907 um rund 40 000 Mk. zurückgeblieben. Der Rückgang ist besonders im Juli sehr erheblich. Die Einnahmen betrugen in diesem Monat für 1907 170 577 Mk., 1908 aber nur rund 101 700 Mk. Dagegen wies der Oktober eine Steigerung von rund 98 800 auf rund 127 400 Mk. auf.

Sehr auffallend ist aber der Rückgang der Januareinnahmen des laufenden Jahres. Für diesen Monat betrug laut der soeben im „Vorwärts" veröffentlichten Quittung die Einnahme der sozialdemokratischen Parteikasse nur rund 71 700 Mk., während die Januareinnahme im vergangenen Jahre sich auf 179 629 Mk. belief. Das wäre eine Mindereinnahme von über 100 000 Mk. in einem einzigen Monat. Aber so schlimm für die Sozialdemokratie ist das Ergebnis denn doch nicht. Es fehlen nämlich in der letzten Monatsquittung die Beträge, die in der Januarquittung von 1908 „den Kohl fett machten". So vom Darlehnskonto die Summe von 37 500 Mark, vom Zinskonto 1570 Mark, von der „Vorwärts"-Buchhandlung 15 000 Mk. und vom „Wahren Jakob" 5000 Mark. Außerdem war im vorigen Jahre im Januar der Posten X Y Z mit 35 000 Mk. aufgeführt, der jedoch in der Dezemberquittung 1908 mit nur 6334 Mk. in Rechnung gestellt war.

Die Mindereinnahme beläuft sich also immerhin auf fast 40 000 Mk. Für die letzten sieben Monate mithin insgesamt auf beinahe 80 000 Mk. Zurückgeblieben ist im Januar d. Js. die Einnahme aus allgemeinen Beiträgen: sie ist von rund 43 000 Mark auf 38 500 Mark gesunken. (Gestiegen sind die Beiträge Bebels und Singers von den „traditionellen" je 50 Mark auf 100 Mark.) Der Ueberschuß des „Vorwärts" hat statt rund 42 500 Mark im vorigen diesmal nur 33 177 Mark ergeben. Das sind allerdings Rückgänge, die bemerkenswert erscheinen. Wir möchten durch unsere Aufstellung jedoch auf keinen Fall die Anschauung erwecken, als befinde die sozialdemokratische Bewegung sich auf einem allgemeinen Niedergange. Aber ebensowenig darf man verkennen, daß auch von ihrem Aufstiege nicht mehr gut gesprochen werden kann. Wir erblicken in den verschlechterten Finanzverhältnissen der Sozialdemokratie und in ihrem Stimmenrückgange bei fast allen Ersatzwahlen nur einen Ansporn für alle bürgerlichen Parteien, um so entschiedener und geschlossener in die Bekämpfung der Sozialdemokratie einzutreten.

Deutsches Reich.

* **Vom Kaiser.** Der „Reichsanzeiger" meldet: Der Kaiser hörte Montag vormittag den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts.

* **Aus Mecklenburg.** Unter Führung des Sanitätsrats Fabricius-Grevesmühlen erschien Montag vormittag im Großherzoglichen Schlosse zu Schwerin eine Abordnung von 12 Herren aus Mecklenburg-Schwerin und zwei Herren aus Mecklenburg-Strelitz zur Audienz beim Großherzog, um demselben eine Petition mit etwa 40 000 Unterschriften zu überreichen. Der Großherzog nahm die Petition entgegen, dankte den Mitgliedern der Deputation für ihr Erscheinen und erwiderte auf die Ansprache des Führers: Die zahlreichen Unterschriften, welche die ihm überreichte Petition gefunden habe, bestätigten ihm, daß die von ihm für richtig erkannte und in Angriff genommene Umgestaltung der ständischen Verfassung in weiten Kreisen des mecklenburgischen Volkes freudige Aufnahme gefunden habe. Er sei entschlossen, das begonnene Werk fortzuführen. Manche Schwierigkeiten würden noch zu überwinden sein, doch vertraue er, daß sich die Einsicht von der Notwendigkeit der Einführung einer Repräsentativverfassung immer mehr bahnbrechen werde, und hoffe, daß er diese mit Gottes Hilfe zu einem dienlichen Ende bringen werde. Der Großherzog ließ sich dann die Mitglieder der Deputation vorstellen und zog jeden Einzelnen ins Gespräch.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

31. Sitzung vom 15. Februar, 12 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben, Schwartzkopff.

Das Andenken des verstorbenen Abg. Waltendorf (Ztr.) ehrt das Haus in herkömmlicher Art.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des

Lehrerbesoldungsgesetzes.

In der allgemeinen Besprechung betont

Abg. **v. Tilly** (kons.): Unsere Wünsche sind lange nicht alle erfüllt. Wenn wir trotzdem über das Kompromiß freudige Genugtuung empfinden, so leitet uns dabei das Bewußtsein, daß erreicht ist, was unter den vorliegenden Verhältnissen überhaupt erreicht werden konnte. (Sehr wahr!) Die öffentliche Kritik brauchen wir nicht zu fürchten. Das „Berl. Tagebl." hält uns vor, daß wir in der Kommission gegen einen Antrag stimmten, der ein Anfangsgehalt von 1500 Mk. forderte. Das taten wir aber nicht, weil wir die Mehrausgabe fürchteten, sondern weil wir vorerst die Deckungsfrage geregelt wissen wollten. Abg. Hoff wird mir diese Darstellung bestätigen müssen. Wir stellten Wünsche zurück, wollten aber nicht das Bessere des Guten Feind sein lassen. Von der Staatsregierung erwarten wir, daß sie bei der Ausführung des Gesetzes eine glückliche Hand zeigt. Sind die Besorgnisse der kleinen Städte, das Gesetz bringe ihnen unerträgliche Lasten, gerechtfertigt? Die Vorlage will als öffentlichen Schuldienst auch die Zeit an privaten Anstalten anrechnen, die nach Anerkennung der Schulaufsichtsbehörde ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dienen und für ihre Unterhaltung auf die öffentliche Wohltätigkeit angewiesen sind. Ist der Kreis dieser Anstalten klar genug umgrenzt? Werden die Bezüge der Emeriten angemessen erhöht werden? Möge nun Ruhe einziehen in die preußische Lehrerschaft, auf die wir stolz sind. (Beifall rechts.)

Ministerialdirektor **Schwartzkopff**: Wir hoffen, es wird möglich sein, die kleinen Städte vor Ueberbürdung zu schützen. Was die Anstalten betrifft, die ausschließlich gemeinnützigen Charakter haben, so kann hier eine Entscheidung immer nur von Fall zu Fall getroffen werden. Darüber aber kann ein Zweifel nicht bestehen, daß der Charakter der gemeinnützigen Anstalt nicht dadurch verloren geht, daß einzelne Kinder gegen Entgelt aufgenommen werden. Nur dürfen diese Einnahmen nicht einen wesentlichen Bestand des Etats bilden. Zugunsten der Emeriten wird eine Verstärkung der Unterstützungsfonds erfolgen, aber nicht allein für die Lehrer, sondern auch für die Beamten. (Beifall.)

Abg. **Itschert** (Ztr.): Die Lehrer hatten allen Anlaß, mit dem Erreichten einstweilen zufrieden zu sein. Durch Vertrauen zur Regierung und Landtag erreichen sie mehr als durch eine skrupellose Agitation. Redner wendet sich gegen den Vorschlag, die staatlichen Zuschüsse nach der Höhe der Kommunalsteuern zu bemessen.

Abg. **Schiffer** (natl.): Die Entwickelung der Lehrergehälter ist nicht zum Abschluß gekommen, sondern hat vorläufig einen Ruhepunkt erreicht. Die verbitterten Kämpfe um die Höhe der Lehrergehälter müssen aber vorläufig zu Ende sein.

Abg. **Frhr. v. Zedlitz** (freikons.): Auch wir haben manchen Wunsch zurückgestellt. Aber wir halten an der Auffassung fest, daß das Erreichte einen erfreulichen Kulturfortschritt darstellt.

Abg. **Cassel** (frs. Vp.): Bei Erörterung der Deckungsfrage in der Kommission mußten wir unsere weitergehenden Anträge zurückziehen. Unser Ziel bleibt aber die Gleichstellung der Lehrer mit den Regierungssekretären. Annehmbar wurde die Vorlage für uns erst durch Feststellung des Prinzips, Staatszuschüsse nur leistungsschwachen Gemeinden zuzuführen.

Abg. **v. Meyer**-Rottmannsdorf (freikons.) verweist nochmals auf die drohende Ueberlastung zahlreicher Schulverbände. Diese wäre durch die Besoldungskassen vermieden worden. (Sehr wahr!)

Nach kürzeren Bemerkungen der Abgg. **Graf Spee** und **Dr. Heisig** (Ztr.) betont

Abg. **Lüders** (frkons.): Wir forderten Besoldungskassen, nicht um die Lehrer an uns zu fesseln, sondern weil dieses Verlangen dem Gerechtigkeitsgefühl entsprach. Wir sehen nicht ein, weshalb die Lehrer, die in Stadt und Land die gleiche Vorbildung haben, nicht auch das gleiche Gehalt beziehen sollen. Wird die Frage erneut aufgerollt, so werden wir wieder für die Besoldungskassen eintreten. (Beifall.)

Abg. **Marx** (Ztr.): Auf der mehrfach erwähnten hannoverschen Lehrerversammlung ist das Wort gefallen, die Besoldungskassen seien gesichert, wenn das Zentrum für sie eintrete. Die Besoldungskassen mögen etwas Verlockendes haben, aber sie sind ein Schlagwort und weiter nichts. (Hört! hört! rechts.)

Die allgemeine Besprechung schließt. In der Einzelbesprechung steht zunächst mit zur Besprechung ein Antrag der Abgg. Dr. **Glattfelder** (Ztr.) und Genossen, die Regierung möge allgemeinere Bestimmungen erlassen über Größe und Beschaffenheit der Dienstwohnungen für Lehrer und Lehrerinnen, Zubehör und Bestandteile der Dienstwohnungen, ferner über die Rechte und Pflichten der Wohnungsinhaber (Wasser- und Lichtbeschaffung, Instandhaltung usw.).

Ein Antrag der Abgg. **v. Ditfurth** (kons.) und Dr. **Iderhoff** (frkons.) ersucht die Regierung, für Schulneubauten unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse und der Leistungsfähigkeit der Beteiligten neue Anhaltspunkte über Größe und Beschaffenheit der Dienstwohnungen aufzustellen.

Abg. **Marx** (Ztr.) begründet den Antrag Glattfelter.

Abg. D. **Hackenberg** (nl.) ist für diesen Antrag.

Abg. **v. Tilly** (kons.): Wir billigen das Ziel des Glattfelterschen Antrages. Die Art aber, wie der Antrag sein Ziel erreichen will, ist für uns unannehmbar. Er müßte Beunruhigung in die Schulverhältnisse tragen und zahlreiche Lehrer unzufrieden machen. Der Antrag ist für uns weiter deshalb unannehmbar, weil er die örtlichen Verhältnisse und die Leistungsfähigkeit der Schulverbände unberücksichtigt läßt. Wir können die Schulverbände nicht zwingen, Luxusausgaben zu machen, die hier notwendig sein können, dort aber über das Bedürfnis weit hinausgehen. Wir stimmen gegen den Antrag Glattfelter im Interesse der Lehrerschaft und der Freiheit der Schulverbände. (Beifall rechts.)

Abg. **Cassel** (frs. Vp.) ist für den Antrag Glattfelter, da sich der Antrag Ditfurth auf Schulneubauten beschränke.

Die Besprechung schließt. Der Antrag v. Ditfurth wird mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums angenommen, der Antrag Glattfelter mit den Stimmen der Rechten und eines Teils des Zentrums abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung wird der Gesamtentwurf einstimmig angenommen.

Zwei Anträge auf Erhöhung des Unterstützungsfonds für Witwen und Waisen von Elementarlehrern, sowie des Fonds für Emeriten werden der Budgetkommission überwiesen.

Das Haus vertagt sich.

Dienstag: Bergetat, Berggesetznovelle

Schluß 4 Uhr.

Deutscher Reichstag.

207. Sitzung vom 15. Februar, 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Bethmann-Hollweg, Dernburg.

Der Abg. **Wattendorf** ist heute früh gestorben. Sein Andenken wird in üblicher Weise geehrt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung der

Postdampfer-Vorlage

(erhöhte Subvention für den Norddeutschen Lloyd und Wiederaufnahme der Verbindung mit Singapore über Niederländisch-Indien).

Die Kommission beantragt unveränderte Genehmigung.

Abg. **Graf Oriola** (natl.) als Referent empfiehlt den Kommissionsbeschluß zur Annahme. Mit dem Kolonialamt sei zugleich eine Verständigung dahin erzielt worden, daß auch die Kolonie Neu-Guinea ein Opfer zu bringen habe, es seien deshalb bei diesem Schutzgebiet rund 140 000 Mk. an Zuschuß abgestrichen worden.

Abg. **Lattmann** (wirtsch. Vgg.) äußert hierüber seine Genugtuung. Der Abstrich legt den Grundsatz fest, daß auch die Kolonien zu solchen Ausgaben heranzuziehen sind. Es ist das bei Neu-Guinea doppelt notwendig gewesen, als sich die dortigen Ansiedler sogar gegen Erhebung von Zöllen gesträubt hatten. Der Beschluß des Hauses wird auf die kolonialen Ansiedler erzieherisch wirken. Erwünscht ist, daß in dem mit dem Lloyd abgeschlossenen Vertrage

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190902162-16/fragment/page=0001

ihm noch die Verpflichtung auferlegt wird zu einem regelmäßigen dreimonatlichen Inseldienst zwischen Limpsonhafen und den wichtigeren Plätzen des Bismarckarchipels. Das muß im Gesetz festgestellt werden. Ich beantrage dies.

Geh. Rat **Lewald**: Eine solche gesetzliche Festlegung ist nicht gut angängig, da man nicht gut sofort die Orte festlegen kann, an denen der Dampfer anzulegen haben würde. Die Regierung würde sich aber darüber mit dem Lloyd verständigen und der Vertrag wird ja dann dem Hause zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. Ich bitte deshalb, den Antrag abzulehnen.

Abg. **Roske** (Soz.): Daß unser Warenverkehr nach dort sich hebt, wünschen auch wir, wir sehen aber nicht, wieso die Dampfer dazu beitragen sollten. Unsere Wähler würden es nicht verstehen, wenn wir diese Vorlage annähmen. Redner befürwortet dann noch eine Resolution betr. Beschäftigung nur deutscher Arbeiter auf den Schiffen.

Abg. **Graf Oriola Edler zu Putlitz** (kons.): Das dauernde Erscheinen unserer Flagge in der Südsee und das Interesse unserer Kolonien, das sind die beiden Gründe, derentwegen wir für die Vorlage stimmen werden.

Abg. **Lattmann** zieht mit Rücksicht auf die Erklärungen des Kommissars seinen Antrag zurück.

Abg. **Hormann** (frs. Vp.): Meine Freunde werden der Vorlage zustimmen. Was die von dem Abg. Roske gewünschte Aufhebung des Verbots der Einfuhr von Nahrungsmitteln, Getreide, Fleisch, anlangt, so ist darauf bei der Zusammensetzung des Hauses wohl keine Aussicht. Auch ist der Transport solcher Massengüter auf dem Postdampfer wohl unthunlich. Es ist darüber also wohl kein Wort weiter zu verlieren. Für das ebenfalls vom Abg. Roske berührte Koalitionsrecht der Angestellten sind wir immer eingetreten.

Abg. **Erzberger** (Ztr.): Unsere Bedenken gegen die Vorlage waren in erster Linie finanzieller Natur. Nachdem nun ein Teil der Kosten auf die Schutzgebiete selber übertragen worden sind, fällt dies Bedenken fort. Wir werden also für die Vorlage stimmen. Daß der Lloyd das Koalitionsrecht seiner Angestellten achte, das ist auch unser Wunsch. Aber der sozialdemokratischen Resolution können wir nicht zustimmen.

Abg. **Arning** (nl.) tritt ebenfalls für die Vorlage ein und bedauert zugleich den Copra-Ausfuhrzoll in Neu-Guinea.

Abg. Dr. **Hahn** (kons.): Eine frühere Aeußerung von mir in der Kommission hat Herr Erzberger mißverstanden. Ich war nie der Meinung, daß wir eine solche Subvention ablehnen müßten wegen der Möglichkeit umfangreicher Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Ich habe vielmehr stets gemeint, daß wir uns gegen ein Zuviel solcher Einfuhren durch den Zolltarif wahren müssen. Die Vorlage begrüße ich.

Staatssekretär **Dernburg**: Zum Ausgleich des von Herrn Arning erwähnten Ausfuhrzolles hat der Lloyd sich verpflichtet, die Fracht für Copra auf nicht mehr als 20 Mk. pro Tonne zu bemessen.

Nach kurzer Debatte wird die Vorlage angenommen.

Es folgt sodann die Beratung des Etats des Reichstages.

Abg. **Kaempf** (frs. Vp.) erörtert die Frage der Berichterstattung über Kommissions-Sitzungen. Notwendig ist, daß die Interessenten über Teilbeschlüsse der Kommissionen authentisch und möglichst rasch unterrichtet werden. Ich bitte daher den Präsidenten, diese Frage der Geschäftsordnungs-Kommission zur Erwägung zu überweisen.

Abg. **Graf Oppersdorf** (Ztr.) regt die Herausgabe einer Geschichte des Deutschen Reichstags an.

Abg. **Wassermann** (natl.) führt gegenüber der Anregung des Abg. Kaempf aus, das Uebel liege an der augenblicklichen übergroßen Fülle des gesetzgeberischen Stoffs. Dieser sei jetzt so groß, daß das Publikum ihn gar nicht mehr aufzunehmen vermöge. (Sehr richtig!) Angezeigt wäre vielleicht eine offizielle Berichterstattung aus dem Plenum; damit muß sich die Frage der Kommissionsberichte ganz von selber regeln. Die Anregung des Abg. Graf Oppersdorf sei dankenswert; er bitte, sie an die Geschäftsordnungskommission zu verweisen.

Abg. **v. Hertling** (Ztr.): Die Berichterstattung aus dem Reichstage liegt allerdings im Argen. Die Kommissionsberichte waren früher viel besser, denn sie brachten überhaupt nicht viel. (Heiterkeit.) Am besten wäre vielleicht, wenn die Kommissionsberichte ganz eingestellt würden. Ueber die Plenarsitzungen sollten offizielle Berichte erscheinen, die während der Sitzung von Stunde zu Stunde herausgegeben würden!

Abg. **Stengel** (freis. Vp.) erklärt sich mit der Herausgabe offizieller Berichte einverstanden.

Abg. **Geck** (Soz.): Ich möchte die Redaktionskommission sehen, meine Herren, die durch und durch objektive Berichte macht! (Sehr richtig!)

Abg. **Arendt** (Reichsp.): Für die Anregung des Abg. v. Hertling können wir nur dankbar sein. Gelänge es, eine wirkliche objektive Berichterstattung zu schaffen, so könnte das nur sehr erwünscht sein. Jetzt ist die Berichterstattung eine tendenziöse, und alle Parteien tragen dabei gleiche Schuld. Und die Kommissionsverhandlungen leiden geradezu unter der jetzigen Art der Berichterstattung. Genügen würde es, wenn nur die Beschlüsse der Kommissionen in die Presse kämen.

Abg. **Graf Westarp** (kons.): Den Anregungen des Abg. von Hertling stimmen wir zu. Namentlich dürfen die Berichte aus den Kommissionen nicht zu umfangreich sein. Es genügt, die Beschlüsse mitzuteilen. Ebenso wären objektive Plenarberichte erwünscht; allerdings — es wird schwer sein, objektiv Bericht zu schaffen. (Sehr richtig!) Es wird doch wohl ein jeder seine Ausführungen für die wichtigsten halten. (Heiterkeit.) Wie will man da die Instanz finden, die die Objektivität garantiert. Immerhin sollte der Versuch gemacht werden.

Abg. **Ledebour** (Soz.): Herr Kämpf will, wenn ich ihn recht verstand, weiter nichts, als daß gleich nach einer Kommissionssitzung die Beschlüsse publiziert werden. Damit sind wir einverstanden. Entschieden widersprechen aber müssen wir den Gedanken v. Hertlings, es solle über die Kommission wenn möglich überhaupt nichts verbreitet werden. Eine ganz objektive Berichterstattung gibt es überhaupt nicht. Hinsichtlich der Plenarsitzungen wünschen Sie mit den offiziellen Berichten die Protokolle doch nicht ersetzen können! Die offiziellen würden also ein Schlag in's Wasser sein.

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Wirtsch. Vgg.): Berichte über die Kommissionssitzungen sind nicht notwendig. Wenn wir in der Finanzkommission arbeiten könnten, ohne daß Berichte in die Zeitungen kämen, würde wahrscheinlich eine viel vernünftigere Finanzreform herauskommen. Die Einrichtung einer offiziellen Berichterstattung ist gar nicht so schwierig. In Oesterreich geht es ganz gut, in Frankreich auch. In mancher Beziehung könnten wir vom Abgeordnetenhaus lernen, so den Aushang der Namen der noch gemeldeten Redner im Sitzungssaal und die Einrichtung eines Schreibmaschinenbureaus. Die Zahl der Mitglieder der Ausschmückungskommission sollte man so verstärken, daß jede Partei einen Sitz darin bekommen kann. Die Entfernung des Mittelbildes im Sitzungssaal hat nicht stattgefunden, wie draußen vielfach geglaubt wird, weil dem Reichstag das Sujet nicht gefiel, sondern aus ganz anderen Gründen. Den Tag von Sedan sieht Gott sei Dank noch die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes als den Geburtstag des Deutschen Reiches an. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (frs. Vp.) empfiehlt völlige Revision der Geschäftsordnung durch eine Redaktionskommission, derauch der Direktor im Reichstage angehören möge.

Abg. Dr. **Laesche** (natl.) erklärt im Namen des Präsidenten: Das Reichsgesetzblatt und der Reichsanzeiger gehen jedem Abgeordneten zu, der es beantragt. Ein Handbuch über unsere Geschäftsordnung ist erwünscht.

Abg. **Windewalb** (D. Resp.): Die Antiquaanregung des Abg. Stengel wird durch die Wiederholung nicht besser. Es ist alles aufrecht zu erhalten, was zu unserer deutschen Eigenart gehört. Die Antiqua-Lettern sind noch lange nicht die Lettern aller Kulturnationen. Die schulmeisterliche Theorie des Kollegen Stengel läßt sich nicht aufrecht erhalten. Ein Buch in lateinischen Lettern zu lesen ist geradezu ein Greuel. (Heiterkeit.) Auch Bismarck war Gegner der Antiqua.

Die Besprechung schließt.

Präsident Graf **Stolberg**: Ich kann Ihnen nur dankbar sein für die mannigfachen Anregungen. Alle hier angeschnittenen Fragen werden sorgfältig geprüft und, so weit nötig, der Geschäftsordnungskommission vorgelegt.

Der Etat des Reichstages wird bewilligt. Es folgt der Etat der

Reichseisenbahnen.

Abg. Graf **Oriola** (nl.): Die Resolution der Kommission, der Reichskanzler möge erwägen, wie eine Verbilligung der Verwaltungskosten der Reichseisenbahnen herbeizuführen ist, kann von jedem angenommen werden. Sie sollte aber entsprechend für alle Reichsämter gelten. Eine Ausdehnung der Tätigkeit des Reichseisenbahnamts wäre nur willkommen.

Abg. **Erzberger** (Ztr.): Die wichtigen Aufgaben des Reichseisenbahnamts sind erfüllt. Erwünscht ist eine bessere Ausnutzung des Beamtenpersonals. Meine Anregung, die Beamten 8 Stunden zu beschäftigen, hat mir leider zahlreiche unflätige Zuschriften eingetragen.

Präsident des Reichseisenbahnamts **Schulz**: Eine Beschränkung der Aufgaben des Reichseisenbahnamts ist unnötig. Auch der Generalstab kann einen Teil unserer Aufgaben ohne sachverständigen eisenbahntechnischen Beirat nicht übernehmen. Was die Arbeitszeit der Bureaubeamten betrifft, so wird in der Budgetkommission dargelegt werden, daß und aus welchen Gründen es nicht angängig ist, die Dienstzeit der Beamten durch bindende Erklärungen dem Reichstage gegenüber schematisch abzugrenzen. Die Beamten meines Ressorts arbeiten andauernd und diensteifrig.

Nach kurzer weiterer Debatte tritt Vertagung auf Dienstag ein.

Ausland.

Spanien. Der König ist, von Villa Vicosa kommend, am Montag vormittag wieder in Madrid eingetroffen.

Marokko. Nach Meldungen aus Fes vom 9. Februar hatte der französische Gesandte Regnault mehrere Besprechungen mit Mulay Hafid, die außer Fragen allgemeiner Art vorzugsweise das Schaujagebiet und die algerische Grenze betrafen. Mulay Hafid wünschte ein gutes Einvernehmen und äußerte, er werde von jetzt an vergessen, daß Zwistigkeiten bestanden haben zwischen den beiden jetzt befreundeten Ländern, deren Einvernehmen jetzt die gegenseitige Freundschaft fordere. Der Sultan war entzückt von der Haltung und der Aufmerksamkeit Frankreichs ihm gegenüber.

Venezuela. Aus Willemstadt wird unter dem 14. Februar gemeldet, daß Venezuela das Dekret, das den Handelsverkehr kleiner Schiffe zwischen Curacao und Venezuela verbot, aufgehoben hat.

Vereinigte Staaten von Amerika. Ein Abänderungsantrag zur Marinevorlage sieht die Bewilligung von zwölf Millionen Dollars vor zum Bau von Transportschiffen, Hilfskreuzern und Spähkreuzern, die in Friedenszeiten für Handelszwecke verpachtet werden sollen.

Aus Nah und Fern.

Eisenbahnunfälle. Die „Soldauer Zeitung" meldet: Montag vormittag 9 Uhr ist die Hilfslokomotive für den in 127,8 Kilometer der Strecke Grallau—Soldau im Schnee liegenden Bedarfszug Nr. 8831 auf diesen aufgefahren. Der geprüfte Heizer Hanke und der Aushilfsheizer Helms, beide aus Soldau, sind anscheinend schwer am Kopfe verletzt. Beide Lokomotiven, ein Gepäck- und ein Güterwagen wurden erheblich beschädigt; zusammen sind vier Wagen entgleist. Ein Hilfsgerätewagen wurde aus Osterode angefordert. Der Materialschaden ist bedeutend. — Ferner wird amtlich aus Königsberg gemeldet: Am 14. d. Mts. abends fuhr auf Bahnhof Puppen Personenzug 858 auf Güterzug 8519 auf. Beide Maschinen und vier Wagen entgleisten; ein Zugbediensteter und ein Postbeamter wurden verletzt. Eine Störung des Betriebes ist nicht eingetreten. — Nach einer Meldung aus New-York stieß der Pennsylvania-Spezialzug in voller Fahrt gegen ein Felsstück. Die Lokomotive stürzte den Bahndamm hinunter. Alle Wagen entgleisten. Die Stahlwagen hielten den Anprall aus. Niemand wurde ernstlich verletzt.

Der Messerstecher. In der Invalidenstraße zu Berlin wurde Montag vormittag 11 Uhr ein 20jähriges Dienstmädchen von drei jungen Männern angerempelt und von einem in den Unterleib gestochen. Das Mädchen konnte keine genaue Beschreibung geben. Dies ist das 15. Attentat. — Ferner wird uns gemeldet: In der dritten Nachmittagsstunde des Montag wurde in Rixdorf ein 16. Messerattentat verübt. Der Täter packte eine Frau namens Loobs beim Halse und versetzte ihr dann einen in den Oberschenkel treffenden Stich. Die Frau wurde nicht verletzt, da die Wirkung durch eine Ledertasche geschwächt wurde. — Später erfahren wir weiter aus Berlin: Im Laufe des Nachmittags fanden noch zwei Messerattentate statt. Im Südosten von Berlin wurde eine Frau von einem unbekannten Täter gestochen. Das Messer prallte an den Korsettstangen ab. Gegen Abend wurde ein junges Dienstmädchen in Lichtenrade durch die Kleidung in die Hüfte gestochen. Der Täter entkam in beiden Fällen. — Schließlich wurden auch am Abend noch zwei Angriffe auf weibliche Personen bekannt. Ein in Schöneberg wohnhaftes Mädchen kehrte vormittags aus Charlottenburg zurück und bemerkte, daß ihr der Rock durchstochen war. Am Nachmittag ging das Mädchen denselben Weg wie am Vormittag und kehrte mit zerstochenem Paletot zurück. Am Abend erhielt eine Frau in der Schönhauser Allee mit einem scharfen Schlagring einen Stoß gegen den Unterleib. Die Kleider wurden durchbohrt, die Frau blieb unverletzt. — Bei Redaktionsschluß erfahren wir noch aus Berlin, daß zur Ermittelung des Messerstechers seitens der Polizei die Mitwirkung der Hausbesitzervereine in Anspruch genommen worden ist. Die Vereine richten Privataufsicht für die Häuser und auch für die Straße ein.

30 Personen ertrunken. Der belgische Dampfer „Australia" ist am vergangenen Freitag in der Nähe von Gibraltar von einem unbekannt gebliebenen Segelschiff angerannt worden und gesunken; das unbekannte Segelschiff ist ebenfalls gesunken. Bei dem Zusammenstoß sollen ungefähr 30 Personen ertrunken sein. Zehn Mann der „Australia" sind in Algier an Bord des deutschen Dampfers „Liberia" angekommen, der sie auf See treibend gefunden hatte.

Drei Kinder ertrunken. Auf der schwachen Eisdecke des Bruckhausener Baches sind Montag nachmittag vier Kinder eingebrochen. Drei sind ertrunken, das vierte wurde gerettet.

Für bedürftige Schulkinder. Im neuen Berliner Stadthaushaltsplan sind im Extraordinarium 100 000 Mk. für die Mittagsspeisung bedürftiger Kinder der Volksschulen eingesetzt worden.

Die Arbeitslosen in Großberlin. Das Resultat der am 12. und 14. Februar von der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft vorgenommenen Arbeitslosenzählung ergab 100 300 Arbeitslose in Großberlin.

Der verhaftete Legationskanzlist Beckert hat, wie uns aus Santiago de Chile gemeldet wird, im Verhör angegeben, er habe den Gesandtschaftsdiener in der Notwehr getötet.

Zum Tode verurteilt. Der zwanzigjährige Glasarbeiter Albert König aus Ries-Neuendorf wurde am Montag vom Schwurgericht Potsdam des Raubmordes schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt. König hatte am 9. Januar 1909 den Arbeiter August Fibelkorn im Jagen 12 des Forstreviers Lietze ermordet und beraubt.

Wegen Ermordung des Präsidenten Faure? Die von dem französischen Deputierten Delahaye gegen „Unbekannt" eingereichte Klage wegen Ermordung des Präsidenten Felix Faure ist nach einer aus Paris uns zugehenden Meldung vom Untersuchungsrichter abgewiesen worden, weil nichts die Wahrscheinlichkeit der von Delahaye erhobenen Beschuldigungen beweise.

Ein in Gent verhafteter Russe, der vermutlich mit einem der von der Brüsseler Polizei gesuchten Anarchisten identisch ist, hat einen Polizeikommissar und einen Kriminalbeamten durch Revolverschüsse tödlich verletzt.

Auf der Suche nach Geheimakten. Die Wiener „Neue Fr. Pr." meldet aus Salzburg: In das Eisenbahnverwaltungsgebäude in Bischofshofen drangen unbekannte Täter ein, sprengten sämtliche Schreibtische auf und durchsuchten die Akten. Geld ließen sie unberührt. Sie hatten es wahrscheinlich auf Geheimakten abgesehen, die sich auf die Mobilisierung beziehen.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Die Rettung gesunkener und verwahrloster weiblicher Personen. Eine äußerst wichtige soziale Arbeit zur Gesundung des deutschen Volkslebens erfährt noch immer nicht die Beachtung, welche sie verdient, das ist die Rettung gesunkener weiblicher Glieder unseres Volkes. Frisch in unserer Erinnerung ist noch das Wichern-Jubiläum vom vorigen Jahre. Dieser Held und Vater der Inneren Mission hat es schmerzlich empfunden, daß bis zum Jahre 1849 auf dem genannten Gebiete in Deutschland so gut wie nichts getan worden war. Er klagt in seiner Denkschrift über die Innere Mission: „Für reuige Mädchen hat Deutschland nur wenig Hilfe aufzuweisen — unseres Wissens nur zwei Magdalenenstifte, eines in Hamburg seit 1822 für jährlich zwölf Magdalenen, und ein Institut in Berlin, das jedoch nicht ausschließlich für diesen Zweck dient und gegenwärtig im ganzen nur 15 Zöglinge aufweist." In den seit diesem Appell Wicherns verflossenen 60 Jahren hat nun eine großzügige Entwickelung eingesetzt und ist eine große Reihe derartiger Anstalten entstanden, die sich die Aufgabe gestellt haben, gesunkenen und verwahrlosenen weiblichen Personen, die sich helfen lassen wollen, den Weg zu einer neuen Zukunft zu zeigen und sie wieder zu brauchbaren Gliedern des Volksganzen zu machen. Auch in unserer Provinz Sachsen besteht seit 22 Jahren eine derartige Anstalt, das ist das „Frauenheim" in Groß-Salze. Wohl gab es schon vorher ein sogenanntes Vor-Asyl für gefallene und gefährdete Mädchen und Frauen, aber es fehlte für die aus Zucht-, Arbeitshäusern und Gefängnissen Entlassenen eine Uebergangsstation aus dem Zwange des Anstaltslebens in die Anforderungen eines freien Dienstes. So entstand der Plan, eine solche Zufluchtsstätte zu schaffen. Am 7. April 1887 konnte das Heim bezogen werden. In den 22 Jahren seines Bestehens hat das „Frauenheim" im ganzen 798 weiblichen Personen seine Hilfe angedeihen lassen können, von denen 578 einmal, 225 mehrmals Aufnahme fanden. Ein reicher Strom des Segens ist in diesen 22 Jahren treuer Anstaltsarbeit hineingeflossen in unser Volk; denn viele haben sich im späteren Leben bewährt durch Treue in Beruf und Arbeit, durch gesittetes und ehrbares Wandel. — Jetzt steht man vor der unabweisbaren Notwendigkeit, die Anstalt auf einem neuen, größeren Grundstück von Grund aus neu aufzubauen, aus vielen Gründen, die hier nicht alle einzeln aufgeführt werden sollen. Da mag denn mancher, der Sinn hat für diese wichtige soziale Volkspflicht, Bausteine liefern und helfen an dem Werk, damit viele verlorene und gefährdete Töchter unseres Volkes — speziell in unserer Heimatprovinz — den Heimweg finden ins Vaterhaus und brauchbare Gieder des Volksganzen werden.

*

— **Erfurt**, 15. Februar. (Wiederbetriebsfähig.) Laut amtlicher Meldung ist die Strecke Bretleben—Sondershausen seit Montag vormittag wieder vollständig betriebsfähig.

△ **Seehausen i. Altm.**, 15. Febr. (Hochwasser.) Gestern vormittag ist der Elbdeich bei Berge gebrochen. Nun steht noch der alte Elbdeich, der zwar sehr stark ist, aber nicht so hoch wie der neue. Die Niederung zwischen den beiden Deichen ist vollgelaufen und bei Kannenberg läuft das Wasser über den alten Elbdeich, so daß die Wischeböhrer Giesenslage, Rengerslage Busch bereits unter Wasser stehen, das Vieh ist schon in den Tagen vorher nach der Höhe gerettet. Unterhalb Berge steht das Eis wie ein Felsen; reißt der alte Elbdeich bei Kannenberg, dann muß das ganze Elbwasser durch den Aland der Elbe bei Schnackenburg wieder zugeführt werden; es wird dann die ganze Wische überschwemmt, auch die Stadt Seehausen. Man hat hier große Sorge. Gestern trafen Pioniere aus Magdeburg zur Hilfe ein. Menschenleben sind bis jetzt nicht zu beklagen.

W. **Stendal**, 15. Febr. (Aus dem Ueberschwemmungsgebiet der Elbe) liegen folgende Meldungen vor: Die Stadt Werben steht 3 Meter unter Wasser. Der Ort Dobbrun ist vollständig überschwemmt. In Iden ist zahlreiches Vieh, Schafe und Schweine, ertrunken. In Rohrbeck, welches vom Wasser gänzlich eingeschlossen ist, konnte nichts gerettet werden. Tausende von Rindern, Pferden und Schweinen sind fortgetrieben worden. Ganze Heuschober und Strohdiemen sieht man schwimmen. Auch bei Osterholz wird ein Deichbruch befürchtet.

Letzte Telegramme.

300 Personen ums Leben gekommen.

New-York, 15. Februar. In Acapulco in Mexiko sind gestern bei dem Brande eines Theaters 300 Personen ums Leben gekommen. Auch das Telegraphen-Bureau ist von den Flammen zerstört worden, wodurch die telegraphische Verbindung mit der Stadt unterbrochen wurde.

Die Schiffahrtsabgaben.

Berlin, 16. Febr. Nachdem das preußische Staatsministerium den Entwurf betr. authentische Auslegung von Artikel 54 der Reichsverfassung genehmigt hat, ist er dem Bundesrat zugegangen. Es handelt sich um Beseitigung verfassungsrechtlicher Bedenken gegen die Einführung von Schiffahrtsabgaben.

Die Luftschiffahrt.

Braunschweig, 16. Febr. Der Ballon Segler des Niedersächsischen Vereins für Luftschiffahrt, der gestern vormittag 10 Uhr hier aufgestiegen war, ist um 4 Uhr 25 Min. in Gitschin gelandet.

90 000 Mark unterschlagen.

Essen, 16. Febr. Der Rechnungsführer Schmitz von der Ahrenbergschen Bergwerksgesellschaft ist wegen Unterschlagungen in der Höhe von 90 000 Mk. verhaftet worden.

Aus Indochina.

Paris, 16. Febr. Der Gouverneur von Indochina meldet, daß auf einer Expedition gegen die Dethain-Banden hundertfünfzig Gefangene gemacht worden seien. Die Räuber seien entflohen, hätten mehrere Tote zurückgelassen und ihre Verwundeten mitgenommen. Französischerseits seien zwei europäische Unteroffiziere getötet worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190902162-16/fragment/page=0002

Stadtverordnetenversammlung.

Montag, den 15. Februar, 4 Uhr; öffentliche Sitzung.

Vorsitz: Vorsteher Geheimrat Steckner.

Beim Beginn der Sitzung bringt der Vorsteher eine Mitteilung des Magistrats zur Kenntnis, der zufolge der Magistrat dem zweiten Teile der veränderten Hundesteuervorlage als aussichtslos nicht beitritt. Die Eingabe wegen der Aenderung des städtischen Submissionswesens vom 21. Dezember wird nochmals zurückgelegt und zwar auf 4 Wochen. Die Eingabe eines Bewohners der Burgstraße wegen der schlechten Giebichensteiner Gasbeleuchtung wird wie die große Petition aus der vorigen Sitzung zurückgelegt, sie soll mit dieser zusammen behandelt werden. Ueber die erneute Eingabe eines Bewohners der Weingärten um Entschädigung für Ueberschwemmungsschäden wird, da der Magistrat sie abschlägig beschieden hatte, zur Tagesordnung übergegangen. Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten:

1. Die Gründung der Stelle eines wissenschaftlichen Assistenten am statistischen Amte wird, wie im Haushaltsplan vorgesehen ist, mit einem Anfangsgehalt von 2700 Mark genehmigt.

2. Dann wird in der Beratung des Stadthaushaltsplans weiter fortgefahren und zunächst der Etat der Allgemeinen Verwaltung mit geringen Abänderungen nach den Anträgen des Statsausschusses in Einnahme mit rund 60 700 Mark, Ausgabe mit rund 483 000 Mark, also einem Zuschuß von 422 300 Mark angenommen. Zu diesem Punkte wurde der Antrag des Stadtv. Thiele angenommen, der Rechts- und Verfassungsausschuß solle Beratungen anstellen und Vorschläge machen, wie eine eingehendere Protokollierung der Sitzungen vorgenommen werden kann. Stadtv. Osterburg wundert sich, daß das Gewerbegericht nicht dem Gewerbegerichtsverband angeschlossen ist. Ein dahin gehender Wunsch wird vom Magistrat dahin beantwortet, daß gewichtige Gründe für den Austritt aus dem Verbande vorgelegen haben müssen, denn früher habe das Gericht dem Verbande angehört.

Der Etat der Polizeiverwaltung wird, gering abgeändert, in Einnahme mit 74 720, in Ausgabe mit 898 000, also einem Zuschuß von rund 824 000 Mark genehmigt. Bei diesem Punkte hielt der Stadtv. Thiele eine nach Ansicht des Oberbürgermeisters dürftige Anklagerede gegen die Polizei, deren gelegentliche Versehen er alle dem Herrn Oberpolizeiinspektor zur Last legte, von dem er unverblümt verlangte, daß er in Pension gehen sollte. Die Aufmerksamkeit der Stadtverordneten wandte sich zum größten Teil bald anderen Betrachtungen zu und wurde erst wieder angespannt und interessiert, als der Redeflutz des Stadtv. Thiele abgelaufen war und der Oberbürgermeister Dr. Rive das Wort nahm, um zu erklären, daß der Herr Oberpolizeiinspektor in jeder Beziehung außerordentlich dienstfähig sei, körperlich und geistig und mit hervorragendem amtlichen Geschick arbeite. Es müsse durchaus zurückgewiesen werden, wenn jemand diesem Beamten, der sich um unsere Stadt sehr verdient gemacht habe, einseitige Auffassung seiner Aufgaben oder nicht vorwurfsfreie Auffassung vorwerfe. Der Herr Oberpolizeiinspektor habe nicht allein immer ein außerordentliches Geschick für seine Aufgaben gezeigt, sondern stehe auch heute noch auf der vollen Höhe seiner Aufgaben; ihm ist auch der gute Geist zu danken, der in unsere Polizei eingezogen ist. Wo so ein billig denkender Mann mit einem so patriotischen Geist an der Spitze der Polizei stehe, könne das Polizei-Corps unmöglich schlecht sein. Die Stadt sei diesem Beamten zu besonderem Dank verpflichtet und man müsse hoffen, daß ein solch tüchtiger und vorzüglicher Beamter noch recht lange der Stadt erhalten bleibe, sie könne nur Vorteil davon haben. (Bravo!) — Auch hinsichtlich seiner Vorwürfe gegen den Anzeigenzwang der Polizeibeamten wurde Stadtv. Thiele widerlegt.

Der Etat der Gartenverwaltung wurde mit rund 1600 Mark Einnahmen, 120 000 Mark Ausgaben, also einem Zuschuß von 118 800 Mark genehmigt. Für alle diese Punkte sprach Stadtv. Zell als Referent.

Die Kapitel I (Ueberschuß), II (Grundeigentum), III (Berechtigungen) werden nach den Referaten des Stadtv. Engelcke gleichfalls gutgeheißen, ebenso Kapitel IV (Gewinnbringende Unternehmungen) nach dem Antrage des Referenten Stadtv. Knabe und Kapitel VIII (Staats- und Provinziallasten) nach dem Vortrag des Stadtv. Engelcke.

Beim Kapitel X (Schul- und Bildungswesen) kommt Oberbürgermeister Dr. Rive auf die in der vergangenen Stadtverordnetensitzung vom Stadtv. Thiele gegen eine Lehrerin erhobenen schweren Vorwürfe zu sprechen. Sie sollte antisozialdemokratische Propaganda unter den Kindern der Schule in der Taubenstraße getrieben und das Züchtigungsrecht Schülerinnen gegenüber überschritten haben. Die Untersuchung in der Angelegenheit habe ergeben, daß die Lehrerin allerdings an eine Anzahl Schülerinnen Kalender zur Unterstützung des Unterrichts verteilt habe, es sei dies aber geschenkweise geschehen. Es handele sich um einen Kalender religiösen Inhalts und einen Tierschutzkalender. Andere Bücher seien von der Lehrerin in der Schule nicht verteilt worden. In einem Falle hätte ein Kind, das für die Lehrerin kleinere Gelegenheitsdienste verrichtete, in ihrem Hause aus Freundschaftsgefühl ein Exemplar des Sozialen Volkskalenders erhalten, um die in ihm vorhandenen Bilder auszumalen. Was den Vorwurf einer Vorliebe für das Stockregiment gegen die Lehrerin betreffe, so sei auch nach dieser Richtung hin nicht die geringste Beschwerde gegen sie laut geworden. Gerade das Gegenteil der vom Stadtv. Thiele aufgestellten Behauptungen sei richtig. Die angegriffene Lehrerin sei eine vorzügliche Lehrperson von seltener Herzensgüte, die mit den Kindern in einer bisher nie Anstoß erregenden Weise umgegangen sei. Es handele sich darum, festzustellen, daß der Stadtv. Thiele Behauptungen gemacht habe, die nicht begründet seien, und daß er der Lehrerin Unrecht getan habe.

Trotz des gegen den Stadtv. Thiele vorgebrachten erdrückenden Materials hält dieser seine Behauptungen aufrecht; er versteigt sich sogar noch dazu, den Herrn Oberbürgermeister der Unwahrheit zu zeihen, die er sich anläßlich des letzten Maurerstreiks in einer Rede betr. der durchschnittenen Stricke am Neubau der Oberrealschule habe zuschulden kommen lassen. — Oberbürgermeister Dr. Rive erwiderte auf diese lächerliche Anschuldigung. Stadtv. Thiele habe sich moralisch selbst gerichtet.

In ähnlicher Weise wie der Oberbürgermeister Dr. Rive äußert sich Stadtschulrat Brendel. — Stadtv. Kühme: Dem Ankläger ist es nicht darum zu tun, der Wahrheit auf den Grund zu kommen, sondern agitatorisch vorzugehen. Thieles Handlungsweise sei sehr kläglich; fernere Anklagen von ihm solle man nicht mehr für ernst nehmen.

Damit ist die Angelegenheit erledigt und es wird in der Beratung des Haushaltsplanes fortgefahren.

Stadtv. Meyer referiert über die Kapitel der katholischen Volksschule, der Hilfsschulen und der allgemeinen Schulkasten. Die Kapitel werden mit kleineren Abänderungen sämtlich genehmigt. Bei dem Etat der Hilfsschule stellt Stadtv. Knabe, unterstützt von den Stadtvv. Kühme, Helmecke und Schmidt-Rimpler, den Antrag, unter den Ausgaben die Position 9: „An die wenigstens neun Stunden wöchentlich an den Horten der Hilfsschule beschäftigten vier Lehrer je 160 Mk. = 640 Mk." zu streichen, was mit 26 gegen 15 Stimmen angenommen wird. Der Unterricht an den Horten der Hilfsschule soll künftig durch bessere Verteilung der Lehrstunden auf die Nor- und Nachmittage erfolgen. Ferner wurde noch über die unterschiedliche Bezahlung der Lehrer bei Schulausflügen oder Schulreisen gesprochen, ein Antrag nach dieser Richtung hin jedoch nicht gestellt.

Die Etats der Handwerkerschule, der gewerblichen Fortbildungsschule, der kaufmännischen Fortbildungsschule sowie der Handels- und Gewerbeschule für Mädchen finden ohne Debatte einstimmige Annahme. (Ref. Stadtv. Probst.)

Die Beratung des Haushaltsplans wird beim Etat des Stadttheaters abgebrochen und nur noch Punkt 3 der T.-O.: Erbauung eines neuen Sammlers im Zuge Wittekindstraße - Leopoldstraße - Seydlitzstraße - Zietenstraße verhandelt. Der Magistrat ersuchte in Uebereinstimmung mit der Stadtbaudeputation die Stadtverordneten-Versammlung, die Ausführung des Sammlers nach Maßgabe des vorliegenden Projektes zu genehmigen und die Mittel im Betrage von 155 000 Mk. für die jetzt zur Ausführung vorgesehenen Arbeiten aus der Kanalbauanleihe zu bewilligen. Ueber die später herzustellenden Arbeiten im Betrage von 42 000 Mk. behält der Magistrat sich eine weitere Vorlage vor. Das Kollegium stimmte der Vorlage einstimmig zu. (Ref. Stadtv. Lingesleben.)

Die geschlossene Sitzung fiel aus.

Börsen- und Handelsteil.

In der Sitzung des Aufsichtsrats der Prehliger Braunkohlen-Aktien-Gesellschaft in Menselwitz, die am 15. cr. stattfand, gelangte der Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1908 zur Vorlage. Derselbe ergab einschließlich des Vortrages vom Vorjahre einen Bruttogewinn von 317 045,44 M (i. V. 378 310,72 Mark). Es wurde beschlossen, hiervon ca. 101 000 M gegen 139 000 M im Vorjahre zu Abschreibungen und zirka 60 000 M (i. V. 79 000 M) zur Rücklagen zu verwenden und der auf den 10. März einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 25 Proz. wie im Vorjahre vorzuschlagen. Restliche 19 394,31 M (i. V. 19 679,98 M) sollen zum Vortrag auf neue Rechnung gebracht werden.

W. In der Aufsichtsratssitzung der Aktiengesellschaft Weser wurde am 15. cr. der Abschluß für das sechs Monate umfassende, am 31. Dezember 1908 abgelaufene 37. Geschäftsjahr der Gesellschaft vorgelegt. Die Bilanz schließt mit einem Gewinne von 207 911,81 M. Hiervon sollen 60 000 M zur Deckung des dreiprozentigen Ausgleiches bei Rückzahlung der Anleihe von 2 Millionen Mark in Reserve gestellt und der Rest von 147 911,81 M auf neue Rechnung vorgetragen werden.

W. Neue bayerische Staatsanleihe. Die bayerische Regierung hat Montag nachmittag eine vierprozentige, bis 1918 unkündbare Staatsanleihe von 60 Millionen Mark und zwar 40 Millionen Eisenbahnanleihe und 20 Millionen allgemeine Staatsanleihe an das seitherige Bayernkonsortium zum Kurse von 101,80 Proz. begeben; die Anleihe wird demnächst zur Zeichnung aufgelegt.

W Dementi. Die letzthin in einigen Zeitungen verbreiteten Nachrichten über eine Kapitalserhöhung bei der Naphtha-Produktionsgesellschaft Gebrüder Nobel und die Absicht, die Aktien dieser Gesellschaft an der Berliner Börse einzuführen, werden, nach einer Meldung aus Petersburg, von maßgebender Seite als jeder Begründung entbehrend bezeichnet.

W Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft. Aufsichtsrat und Vorstand beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 4 Proz. vorzuschlagen.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

L. **Hamburg**, 15. Februar. Tägliche ausländische Effekten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. Weizen: Hardwinter II prompt 235½ M, Durum I prompt 231½ M, Barletta Russo 80 kg schwim. 231 M, Jan. 230½ M, Jan.-Febr. 230 M, Febr./März 229 M, Rosafe 79/80 kg schwim. 232 M, Jan. 231½ M, Jan./Febr. 231 M, Australi. Jan./Febr. 234½ M, Ulka 9 Pud 25/30 Febr./März —.— M, Sibirischer prompt 226½ M, Mai/Juni 222½ M. — Futtergerste: Südr. 60/61 kg schwim. 130½ M, Febr./März/April 130½ M, Aug./Sept. 127½ M. — Hafer: Nordrussl. 50/51 kg 3 % Febr./April 167½ M, La Plata 46/47 kg Febr./März 158 M. — Mais: La Plata April/Mai 145½ M, Mai/Juni/ 144½ M, Juni/Juli 144½ M, Odessa März-April 146½ M, Mixed Febr./März 153½ M.

— **Berlin**, 15. Februar. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen, inländ. 217,00—219,00 M ab Bahn und frei Mühle, Mai —.— bis —.— M, Juli —.— bis —.— M, September —.— M. Roggen inländ. 166,50—168,00 M ab Bahn u. frei Mühle, Mai —.— bis —.— M. Hafer märk., mecklenb., pomm., preuß., pos. u. schles. fein 178 bis 184,00 M, mittel 173,00—177,00 M, geringer 169,00—172,00 M ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. Mixed 171,00—173,00 M, runder 165,00—167,00 M frei Bauen. Gerste, inländ. Futtergerste, mittel und gering 154,00—164,00 M, gute 165,00—180,00 M, russische und Donau leichte 137,00—141,00 M, schwere —.— M, ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländ. und ausländ. Futterware mittel 183—187 M. Taubenerbsen 188—196 M, kleine Kocherbsen —.— M, Viktoriaerbsen —.— M ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 26,75—29,50 M Roggenmehl 0 und 1 20,90 bis 22,70 M Weizenkleie 11,25—12,00 M. Roggenkleie 11,50—12,00 M. — Mittagsbörse: Weizen, inländ. 216,00—218,00 M ab Bahn, Mai 218,50—218,25—218,75—218,50 M, Juli 218,50 M, Septbr. 210,00—209,25—209,50 M. Roggen inländ. 166—167 M ab Bahn, Mai 175,25—174,75 M, Juli 179,25—178,75 M. Weizenmehl 00 26,75—29,50 M. Roggenmehl 0 u. 1 20,90—22,70 M, Mai 21,55 M. Rüböl Februar 50,8 M. Br., Oktober 53,90—53,60 M.

L. **Weltmarkt**, Berlin, 15. Febr. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) Weizen: Berlin, 755 gr., Mai 218,50, Juli 218,50. Newyork Red Winter Nr. 2 loko 185,10, Mai 189,20. Chicago Northern I Spring, Mai 175,80, Juli 156,10. Liverpool Red Winter Nr. 2, März 179,50. Paris Lieferungsware Febr. 181,00. Budapest Lieferungsware April 220,90. Odessa Ulka 9⁸⁵/₉₀ 3—4 % Bel. einschl. Bordspesen loko 169,50. Buenos-Aires Durchschn. Qualität bordfrei —.—. Roggen: Berlin 712 gr. Mai 174,75. Juli 178,75. Odessa 90/91 einschl. Bordspesen loko 139,30. Hafer: Berlin 450 gr. Mai 167,50, Juli 169,50. Mais: Berlin Lieferungsware Mai —.—. Newyork mixed Mai 118,50. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —.—.

Hopfen.

— **Nürnberg**, 13. Febr. (Hopfenbericht.) Der Gesamtumsatz dieser Woche beträgt 1200 Ballen, wovon der größte Teil für Exportzwecke übernommen wurde. Für Kundschaftsbedarf bestand nur schwache Frage. Bahn- und Landzufuhren stellten sich auf 650 Ballen. Die Preise sind zugunsten der Käufer.

Heutige Preise für: Geringe Markthopfen bis 15 M, mittel bis 25 M, prima bis 35 M, Gebirgshopfen bis 42 M, geringe Aischgründer bis 12, mittel bis 25 M, prima bis 35 M, geringe Hallertauer bis 18 M, mittel bis 40 M, prima bis 55 M, gute Hallertauer Siegelgut bis 65 M, geringe Elsässer bis — M, mittel bis 32 M, prima bis 50 M, geringe badische — M, mittel bis 35 M, prima bis 65 M, geringe Württemberger bis 20 M, mittel bis 35 M, prima bis 55 M, mittel Posener bis — M, prima bis — M, Spalter Land, leichte Lagen bis 50 M, bis schwere Lagen bis 65 M. Für Auswahl aus Partien werden einige Mark mehr bezahlt.

Kartoffeln. Trockenkartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

Kartoffelmarkt-Bericht vom 15. Februar von der Preisberichtstelle des D. L.-R. Tendenz: —. Für Frühkartoffeln in Wagenladungen von 10 000 kg ist bezahlt worden in Mark für 50 kg in Berlin, Rote Daberschе 2,50—275,; andere rote Sorten 2,10—2,30; Magnum bonum 2,40—2,60; Weiße runde 2,10—2,15. Magdeburg, Magnum bonum 2,10; Weiße runde 1,74; Gelbfleischige weiße 0,00. Gardelegen, Rote Daber 2,00; andere Sorten 1,90; Magnum bonum 2,25; Weiße runde 1,85. Salzwedel, Rote Daber 0,00—0,00; andere Sorten 0,00; Magnum bonum 0,00; Weiße runde 0,00. Futter- und Brennware. Berlin, Rote Daber 1,50 bis 1,90; Andere rote Sorten 1,50—1,90; Weiße Sorten 1,50—1,90. Magdeburg, Rote Daber 1,50; Andere Sorten 1,50; Weiße Sorten 1,50. Gardelegen, Andere Sorten 1,35, Weiße Sorten 1,38. Salzwedel, Andere Sorten 0,00; Weiße Sorten 0,00—0,00.

Großhandelspreise für Trockenkartoffeln in Käufers Säcken, frei Station, in Mk. für 50 kg. Flocken: Autas Kr. Wohlau 8,00 (bez.), Besow b. Wend.-Tychow Kr. Schlawe 8,25 (Verk.), Beutnitz 8,25 (bez.), Börnecke a. Harz 9,00 (Verk.), Büllstringen (Neuhaldensleben) 9,00 (bez.), 9,50—10,00 (Verk.), 8,60—8,80 (Käuf.), Calbe a. S. Zuckerfabrik 8,80 (Verk.), Ciskowo Kr. Czarnikau 8,00 (Verk.), Döhrings-Prassen (Ostpr.) 8,20 (bez.), Friedrichsthal b. Grünhayn Kr. Weblau 8,00 (bez.), Genschmar 8,25—8,40 (bez.), Groß-Gräditz b. Kreideltitz 8,60 (Verk.), Großendorf Kr. Hohensalza 8,00 (bez.), Grunzig Kr. Meseritz 8,00—8,10 (Käuf.), Hartowitz Brennerei-Genossenschaft 8,00 (bez.). Heinersdorf (Kr. Lebus) Station Trebnitz N.-W. 8,00 (bez.), Hammer b. Kreßlau 8,00 (Verk. Februar bis März), Jetsch Kr. Ohlau 8,00 (Käuf.), Kempen b. Lübzow Stat. Dominke 7,50 und 7,75 (bez. Jan.), Klepke 8,50 (Verk.), Krummwohlau 7,65 (bez.), Labischinek bei Gnesen 8,70 (Verk.), Leng bei Schrimm 7,90 (bez.), 7,65 (Käuf.), Lindchen bei Petershain N.-B. 8,00 (Käuf.), Maldenten i. Ostpr. 8,15—8,25 (bez.), 8,00—8,10 (Käuf.), Marzenin Brennerei-Genossenschaft 8,60 (bez.). Moestchen bei Wutschdorf (Märk. Pos. Bahn) 9,00 (Verk.), 8,00 (Käuf.), Mondschütz Kr. Wohlau 7,80 (bez.), Muttrin Kr. Stolp 8,00—8,50 (Käuf.), Ober-Strzadom Kr. Groß-Wartenberg 8,00 (bez.), Polzsen (Wohlau) Brennerei-Genossenschaft 8,25 (bez.), Pogarowo b. Wroblewo Stat. Wronke 7,75 (bez.), 8,00 (Käuf.), Puschkowo, Bez. Breslau 8,00 (bez.), Regenthin N.-M. 8,25 (Verk.), Rosenfelde Kr. Greifenhagen 7,70 (bez.), Sembin (Zjo.) Station Coschen 8,00 (bez.), Thymon bei Mühlen (Ostpr.) 8,15 (bez.), 8,00 (Käuf.), Twardow b. Witaschütz (Posen) 7,75 (Verk.), 7,37 (Käuf.), Uthmöden Landw. Brennerei 8,50 (Verk.), 8,25 (Käuf.), Westerhorn b. Brodhöje 8,50 (Käuf.), Winnagora b. Miloslaw 7,80 (bez.), Wormsfelde b. Stolzenberg 7,80 (bez. prompt), 8,20—8,40 (bez. für späte Lieferung), Züllichau Kartoffeltrocknungs-Genossenschaft 8,25 (Verk.), 8,10 (bez.). Schnitzel: Calbe a. S. Zuckerfabrik 8,00 (Verk.), Börnecke a. Harz 8,00 (Verk.), Gr. Podel b. Stojentin Kr. Stolp 7,00 (bez.), Müllischer Kartoffeltrocknung Groß-Tschunkawe b. Gontkowitz 7,25 (bez.), 7,50 (Verk. prompt), Regrevo, Lubes'er Stärkefabrik 8,00 (bez.), 8,25 (Verk.), Schlabendorf bei Zinnitz 7,50 (Verk.), Sodin Kartoffeltrocknungsfabrik 8,25 (bez.), Wentschow i. W. 8,00 (bez.). (D. L.-R.)

— **Magdeburg**, 15. Februar. Prima Kartoffelmehl mit »Stärke prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 20,00—20,50 Mk. Die Handelskammer.

— **Berlin**, 15. Febr. Kartoffelstärke 20,25—20,75 Mk., Kartoffelmehl 20,25—20,75 Mk., feuchte Stärke 11,10 Mk.

Spiritus.

— **Hamburg**, 15. Februar. Spiritus matt, Februar-März 23⅜ G., März-April 22¾ G.

— **Paris**, 15. Februar. Spiritus ruhig, Februar 38,50, März 39,25, Mai-Aug. 40,25, Sept.-Dez. 38,00.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 15. Februar. Rüböl loko 64,00, Mai 60,50.

— **Hamburg**, 15. Februar. Rüböl ruhig, loko verzollt 63,00.

— **Amsterdam**, 15. Februar. Leinöl behauptet, loko 22½, März 22¼, März-April 22¼, Mai-August 22⅜, Sept.-Dezbr. 22⅜.

— **Paris**, 15. Februar. Rüböl behauptet, Februar 63,25, März 63,00, März-April 63,25, Mai-August 62,00.

W. Pest, 15. Februar. Raps per August 14,10 Gd., 14,20 Br.

Zucker.

W. Hamburg, 15. Febr. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo per Februar 20,10, per März 20,10, per Mai 20,40, per August 20,70, per Oktober 19,45, per Dezember 19,35. Tendenz: behauptet.

W. London, 15. Febr. 96% Java-Zucker prompt ruhig, 10½. 10⅝ d. Verk. Rüben-Rohzucker Februar stetig, 10 sh. ½ d. Verk.

Kaffee.

— **Hamburg**, 15. Februar. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos März 34⅞ G., Mai 34¾ G., September 32¾ G., Dezember 32¼ G. Tendenz: stetig.

— **Amsterdam**, 15. Februar. Java-Kaffee, good ordinary, fest, loko 38.

— **Havre**, 15. Febr. Kaffee. Good average Santos März 44,50, Mai 44,00, Sept. 42,00, Dezember 40,75. Tendenz: ruhig.

W. Rio de Janeiro, 13. Februar. Kaffee. Zufuhr 7 000 Sack in Rio, 25 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 15. Februar. Baumwolle, unträlig, Upland middling loko 48½ Pfg.

— **Antwerpen**, 15. Febr. Wolle. La-Plata-Zug Type B. März 5,40 bez. Januar 5,30 bez. Behauptet.

— **Liverpool**, 15. Febr. Baumwolle. Umsatz 7000 Ballen, davon für Spekulation und Export 300 Ballen. Tendenz: Ruhig. Amerikan. good ordinary Lieferungen: Kaum stetig. Per Febr. 4,99, per Febr.-März 4,98, per März-April 4,99, per April-Mai 5,00, per Mai-Juni 5,01, per Juni-Juli 5,03, per Juli-August 5,04, per August-Septbr. 4,98, per Sept.-Okt. 4,94, per Okt.-Nov. 4,92.

Petroleum.

— **Hamburg**, 15. Februar. Petroleum schwach, Amerik. spez. Gewicht 0,800 7,50.

Metalle.

— **Amsterdam**, 15. Februar. Banczinn behauptet, loko 78¼.

— **London**, 15. Febr. Silber 23¾/₁₆ Lstrl., Chili-Kupfer 58¼ Lstrl., per 3 Monate 59⅛ Lstrl., Blei, span., 13¹/₁₆ Lstrl., engl. 13¾ Lstrl., Zinn 128⅝ Lstrl., Zink 21⅝ Lstrl.

— **Glasgow**, 15. Febr. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 48 sh. 4½ d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Leipzig**, 15. Febr. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb: 709 Rinder, und zwar 227 Ochsen, 24 Kalben, 249 Kühe, 209 Bullen, 322 Kälber, 859 Stück Schafvieh, 2367 Schweine, und zwar nur deutsche; zus. 4257 Tiere. Preise Ochsen: I. 76, II. 69, III. 60, IV. 50 M für 50 kg Schlachtgew. Kalben und Kühe: I. 75, II. 67, III. 58, IV. 50, V. 40 M für 50 kg Schlachtgew. Bullen: I. 65, II. 60, III. 54 M für 50 kg Schlachtgew. Kälber: I. 53, II. 48, III. 36, IV. — M für 50 kg Lebendgew. Schafe: I. 38, II. 34, III. 28 M für 50 kg Lebendgew. Schweine: I. 68, II. 65, III. 60, IV 61 M für 50 kg Schlachtgew. Verkauft: 576 Rinder, und zwar: 166 Ochsen, 18 Kalben, 229 Kühe, 163 Bullen; 321 Kälber, 541 Schafe, 2250 Schweine. Geschäftsgang: Rinder, Ochsen, Kalben, Kühe, Bullen, Schafe langsam, Kälber und Schweine mittelmäßig.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 15. Februar. Roter Winters-Weizen loko 119½, per Mai 117½, per Juli 107, per Sept. —.—, per Dez. —.—. Mais per Mai 72½, per Juli 71⅝, per Sept. 71¼. Mehl 4,20. Getreidefracht nach Liverpool 1½.

W. Chicago, 15. Februar. Weizen per Mai 112⅝, per Juli 100½, Mais per Mai 64¾.

W. New-York, 15. Februar. Petroleum Standard white in New-York 8,50, do. in Philadelphia 8,45, do. in Refined Cases 10,90, do. Credit Balances at Oil City 178.

W. New-York, 15. Februar. Schmalz Westernsteam 9,95, Rohe und Brothers 10,00.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebendleben für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Lokales Arthur Bierbach; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190902162-16/fragment/page=0003

Berliner Börse, 15. Febr. 1909

Die Rubrik in Quelle: Die Zinstermine an. Es bedeutet: 1 Jan. | 4 Apr. | 7 Jul. | 10 Okt. | 1.1.7. | 15.5.11. | 1.4.7.10. | 1.2.5.8.11. | 1.3.7.12. | 1.5.11. | 15.4.10. | 1.1.5.11. | 1.2.5.8. | 1.5.11. | 15.4.10. | 1.5.11. | 15.5.11. | 1.5.11. | 15.5.11. | 1.5.11. | 15.5.11